

Merkblatt Beihilfe
Anschlussheil- und Suchtbehandlungen nach
§ 34 BBhV
29. April 2024



	Seite
1. Anschlussheilbehandlungen	2
2. Suchtbehandlungen	2
3. Medizinische Voraussetzungen	2
4. Andere Rehabilitationsmaßnahmen	2
5. Nach der BBhV beihilfefähige Aufwendungen	2

Dieses Merkblatt ist zur allgemeinen Information bestimmt. Rechtsansprüche können Sie daraus nicht ableiten. Wenn Sie weitere Fragen haben, rufen Sie uns gerne an. Um den Lesefluss zu erleichtern, verzichten wir auf Mehrfachnennungen; die verwendeten Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter. Ebenso gelten alle ehebezogenen Begriffe auch für eingetragene Lebenspartnerschaften.

1. Anschlussheilbehandlungen

Eine Anschlussheilbehandlung liegt nur vor, wenn sich die medizinische Rehabilitationsmaßnahme unmittelbar an einen Krankenhausaufenthalt zur Behandlung einer schwerwiegenden Erkrankung anschließt oder wenn die Maßnahme im Zusammenhang mit einer Krankenhausbehandlung steht. Als unmittelbar gilt der Anschluss auch, wenn die Maßnahme innerhalb von 14 Tagen beginnt, es sei denn, die Einhaltung dieser Frist ist aus zwingenden tatsächlichen oder medizinischen Gründen nicht möglich. Bitte setzen Sie sich ggf. rechtzeitig mit dem KVBW in Verbindung.

Als Anschlussheilbehandlung gilt auch eine Rehabilitationsmaßnahme, wenn diese nach einer ambulanten Operation, Strahlen- oder Chemotherapie notwendig ist.

2. Suchtbehandlungen

Suchtbehandlungen werden als medizinische Rehabilitationsmaßnahmen oder Entwöhnungen durchgeführt. Sie können stationär oder ambulant erfolgen. Auch die Aufwendungen für eine ambulante Nachsorge nach einer stationären Entwöhnungsbehandlung sind in angemessener Höhe beihilfefähig.

3. Medizinische Voraussetzungen

- Die Maßnahme muss ärztlich verordnet sein. Die ärztliche Verordnung muss Angaben zu Art und Dauer der beabsichtigten Maßnahme enthalten.
- Für Suchtbehandlungen muss vor Behandlungsbeginn die Zustimmung der Beihilfestelle eingeholt werden. In Ausnahmefällen kann die Zustimmung nachträglich erfolgen.
- Anschlussheil- oder Suchtbehandlungen werden in geeigneten Rehabilitationseinrichtungen durchgeführt, mit denen ein Versorgungsvertrag nach § 111 Abs. 2 Satz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) besteht. Besteht kein Versorgungsvertrag mit der Einrichtung, gelten andere Höchstbeträge für Unterkunft und Verpflegung.

4. Andere Rehabilitationsmaßnahmen

Für andere Rehabilitationsmaßnahmen gelten teilweise abweichende Voraussetzungen. Beihilfefähig nach Maßgabe des § 35 BBhV sind beispielsweise die Aufwendungen für stationäre Rehabilitationsmaßnahmen, Mutter-Kind- oder Vater-Kind-Rehabilitation, ambulante Rehabilitation in einem anerkannten Heilbad oder Kurort oder ambulante Maßnahmen in Rehabilitationseinrichtungen oder wohnortnahen Einrichtungen. Bitte beachten Sie die entsprechenden gesonderten Informationen oder Fragen beim KVBW nach.

5. Nach der BBhV beihilfefähige Aufwendungen

- Unterkunft und Verpflegung bis zur Höhe des niedrigsten Satzes der Einrichtung – ggf. zuzüglich der Aufwendungen einer gesondert berechneten Unterkunft, bis zur Höhe von 1,2 Prozent der oberen Grenze des einheitlichen Basisfallwertkorridors, der nach § 10 Abs. 9 des Krankenhausentgeltgesetzes vereinbart ist,
- ärztliche Leistungen, auch gesondert berechnete wahlärztliche Leistungen,
- Leistungen von Heilpraktikern,
- psychotherapeutische Leistungen,
- Arznei- und Verbandmittel,
- Heilmittel (im Rahmen der Höchstbeträge),
- Hilfsmittel (ggf. bis zu den geltenden Höchstbeträgen),
- Kurtaxe,
- ärztlicher Schlussbericht,
- Fahrtkosten für die Hin- und Rückfahrt einschließlich Gepäckbeförderung.

So sind die Aufwendungen für den Transport mit einem Krankentransportwagen beihilfefähig, wenn er aus medizinischen Gründen notwendig ist.

Bei Nutzung regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel sind die tatsächlichen Aufwendungen bis zu den in der niedrigsten Klasse anfallenden Kosten beihilfefähig.

Bei Nutzung eines privaten Kraftfahrzeugs wird eine Wegstreckenentschädigung von 0,20 € je km berücksichtigt (§ 5 Abs. 1 Bundesreisekostengesetz), jedoch nicht mehr als 200 € für die Gesamtmaßnahme.

Aufwendungen für die Benutzung eines Taxis sind nur beihilfefähig, wenn auf Grund einer ärztlichen Bestätigung die Notwendigkeit der Beförderung nachgewiesen wird und die Beihilfestelle die Aufwendungen vorher anerkannt hat.

Aufwendungen für Fahrten zu und von ambulanten Maßnahmen, wenn die Fahrten entweder durch die Rehabilitationseinrichtung selbst oder durch einen von ihr beauftragten Dienstleister durchgeführt werden, jedoch nicht mehr als 10 € je Behandlungstag.

- Aufwendungen und ggf. nachgewiesener Verdienstausschlag einer Begleitperson, wenn deren medizinische Notwendigkeit auf Grund ärztlicher Bestätigung anerkannt wurde. Für Unterkunft und Verpflegung der Begleitperson können Aufwendungen bis zur Höhe des niedrigsten Satzes der Einrichtung als beihilfefähig berücksichtigt werden.

In der Rechnung muss die Art und Höhe der einzelnen Aufwendungen (z. B. ärztliche Leistungen, Heilmittel, Unterkunft und Verpflegung) nachvollziehbar ausgewiesen sein, damit deren Angemessenheit festgestellt werden kann. Falls die

Merkblatt Beihilfe

Anschlussheil- und Suchtbehandlungen nach § 34 BBhV

Einrichtung einen Pauschalsatz berechnet, lassen Sie bitte die Leistungen aufschlüsseln. Ein Pauschalsatz für die erbrachten Leistungen kann nur dann als beihilfefähig anerkannt werden, wenn

- der berechnete Tagessatz dem Satz entspricht, der auch von der gesetzlichen Kranken- oder Rentenversicherung anerkannt wird oder
- die Leistungen auf Grund von Verträgen mit Unternehmen der privaten Krankenversicherung erbracht werden. Soweit es hierbei unterschiedliche Tarifvereinbarungen gibt, kann nur der „Grundtarif“ anerkannt werden. Ausgewiesene Komforttarife, die ein besonderes Wahlleistungsangebot umfassen, sind nicht beihilfefähig.

Die beihilfefähigen Aufwendungen für stationäre Krankenhausbehandlungen sowie stationäre Anschlussheil- und Suchtbehandlungen mindern sich um den Eigenbehalt von 10 € je Kalendertag, höchstens für insgesamt 28 Tage im Kalenderjahr.

Anlage

Ärztliche Bescheinigung V Bund_34_3

Ärztliche Bescheinigung über die Notwendigkeit einer Anschlussheil- oder Suchtbehandlung



**Kommunaler Versorgungsverband
Baden-Württemberg**
- Beihilfeabteilung -
Postfach 10 01 61
76231 Karlsruhe

BF	Beihilfenummer
Beihilfeberechtigter	
Name	
Vorname	
Geburtsdatum	
Name, Vorname des Patienten	

Anlage zum Vordruckschreiben 34_0

Hinweis:

Um den Lesefluss zu erleichtern, verzichten wir auf Mehrfachnennungen; die verwendeten Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter. Ebenso gelten alle ehebezogenen Begriffe auch für eingetragene Lebenspartnerschaften.

Nähere Informationen zu Ihren Rechten im Rahmen der Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung erhalten Sie im Internet unter www.kvbw.de/Informationspflichten.

1. Angaben zum Arzt

Beihilfe zu Anschlussheilbehandlungen oder Suchtbehandlungen wird nur gewährt, wenn die in § 34 der Bundesbeihilfeverordnung genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Ob eine geplante Maßnahme medizinisch notwendig ist, muss durch einen Arzt (z. B. Haus- oder Facharzt) bestätigt werden. Die Bestätigung der medizinischen Notwendigkeit kann nur durch einen Arzt erfolgen, der nicht mit der Einrichtung verbunden ist, in der die Maßnahme erfolgen soll.

Bitte beantworten Sie die nachfolgenden Fragen, damit Ihr Patient ggf. den Nachweis bei der Beihilfestelle einreichen kann.

Name des Arztes

Anschrift

2. Welche Art der Maßnahme ist medizinisch notwendig?

Anschlussheilbehandlung
(unmittelbar nach einem stationären Krankenhausaufenthalt oder bis zu 14 Tage danach. Falls die Anschlussheilbehandlung erst nach einer längeren Unterbrechung angetreten wird, ist dies zusätzlich zu begründen.)

stationäre Suchtbehandlung

ambulante Suchtbehandlung

3. Für welche Dauer ist die Maßnahme voraussichtlich erforderlich?

Wochen

Tage

4. In welcher Einrichtung soll die Behandlung erfolgen?

Name

Postleitzahl

Ort

BF - Bund_34_3 - 06/2024

Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg - Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hauptsitz
Ludwig-Erhard-Allee 19
76131 Karlsruhe
Tel. 0721 5985-0

Zweigstelle
Birkenwaldstraße 145
70191 Stuttgart
Tel. 0711 2583-0

Bankverbindung
Landesbank Baden-Württemberg
BIC: SOLADEST600
IBAN: DE24 6005 0101 0001 0008 58

Sie erreichen uns
montags bis freitags
von 8:00 Uhr
bis 16:30 Uhr

Internet / E-Mail
www.kvbw.de
beihilfe@kvbw.de



5. Ist die Mitaufnahme einer Begleitperson erforderlich?

Nein.

Ja, der Patient ist ein Kind bis zu elf Jahren.

Ja, eine Begleitperson ist aus anderen Gründen erforderlich.

Bitte Gründe für eine Begleitung angeben.

Unterschrift/Stempel des Arztes

Ort, Datum